

Kooperativer Föderalismus schafft Spielraum für Digitalisierung

Wir leben mobil und smart. Wir speichern unsere Daten in der Cloud und konsumieren nach dem Prinzip Amazon. Die schnelllebigen Entwicklungen in der IT-Branche geben vor, wie wir unseren Alltag leben und prägen unsere Erwartungen an die Verwaltung. Auch ihre Leistungen sollen unabhängig von Ort und Zeit rund um die Uhr abrufbar sein; leicht zugänglich, jederzeit verfügbar und sicher. Verwaltung hat zwar klar umrissene Kernaufgaben, muss aber Schritt halten mit diesen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen. Und sich an den Erwartungen der Nutzer orientieren.

Die Erwartungshaltung ist hoch. Der Handlungsrahmen weiterhin eng und ambitioniert. Knappe Haushalte von Ländern und Kommunen – der Bund mag da anders aufgestellt sein – erfordern Einsparungen. Fachkräftemangel und demografischem Wandel muss begegnet werden. Zudem zeigen sich Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich staatlicher Verwendung ihrer Daten bei weitem nicht so aufgeschlossen wie beim Einkauf im Internet oder beim Chat in sozialen Netzwerken. Für Staat und Verwaltung bedeutet dies: Die IT-Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung muss sicher und vertrauenswürdig sein.

Können wir diesen Anforderungen in einem föderalen System entsprechen? Wie bewältigen Kommunen oder kreisfreie Städte diese Aufgabe, deren finanzieller und personeller Spielraum am geringsten ist? Informationstechnik ist und bleibt der Schlüsselfaktor, wenn Kosten reduziert werden müssen. Das föderale System selbst ist dabei kein Handicap. Unser Problem ist eher das Kirchturmdenken. Sparen mit IT ist möglich, wenn Infrastrukturen gemeinsam betrieben und Lösungen gemeinsam entwickelt werden. Das Prinzip eines kooperativen Föderalismus schafft uns den notwendigen Spielraum dafür. IT-Zusammenarbeit ist rechtlich und organisatorisch möglich. Der Artikel 91c der Grundgesetzes schafft den rechtlichen Rahmen. Erprobungsräume und Verwaltungskooperation auf verschiedenen Ebenen zeigen ebenso, dass es geht, wie der Dataport-Verbund und andere Kooperationen.

Dataport ist seit der Gründung im Jahr 2004 zu einer Sechs-Länder-Anstalt gewachsen. Neben den Trägerländern sind auch die Kommunen Schleswig-Holsteins über den IT-Verbund Schleswig-Holstein Träger von Dataport. In den vergangenen Jahren haben wir gemeinsam eine Reihe von erfolgreichen Kooperationsprojekten initiiert und umgesetzt. Nahezu 50.000 Arbeitsplätze in den Verwaltungen von Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein betreibt Dataport zentral nach einheitlichen Standards. Im Data Center Steuern verarbeiten wir die Daten von 17 Millionen Bürgern; in einem Rechenzentrum für sechs Bundesländer. Für die Länder Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg haben wir eine gemeinsame Lösung für ein Personenstandsregister entwickelt. Auch diese Lösung betreiben wir für alle gemeinsam in unserem Rechenzentrum. Kostenvorteile entstehen schon allein durch den gemeinsamen Betrieb der Infrastruktur. Den Erfolg dieser Kooperationsprojekte macht eines aus: Ein koordiniertes Vorgehen und die gemeinsame, länderübergreifende IT-Planung.

Das sind Erfolge. Aber, ist Verwaltung damit bereits zukunftsfähig aufgestellt? Vom digitalisierten Staat – im Föderalismus den „digitali-

sierten Staaten“ und „digitalisierten Kommunen“ – der seine Verwaltungsprozesse an die Möglichkeiten der Digitalisierung angepasst hat, sind wir noch weit entfernt. Unser nächstes

Ziel muss es sein, die Digitalisierung und Vernetzung der Verwaltung voranzutreiben – und für ein gleichwertiges Angebot an Verwaltungsdienstleistungen zu sorgen.

Es ist zwar klar definiert, welche Leistungen der Staat den Bürgern bieten muss. Doch wie er diese gestaltet, ist unterschiedlich. Vielfalt ist erst einmal nichts Schlechtes, zum Beispiel für die Ausprägung regionaler Identitäten. Beim Gestalten von Verwaltungsdiensten ist Vielfalt aber hinderlich. Warum muss zum Beispiel die Kfz-Anmeldung in jedem Land anders umgesetzt werden? Das hemmt medienbruchfreie Zusammenarbeit und ist durch redundante Infrastrukturen teuer für den Steuerzahler.

Verwaltungsprozesse sind vom Grundsatz für eine kooperative Umsetzung geeignet. Und, Verwaltung kann dann leistungsfähig, flexibel und gleichwertig für alle Bürger arbeiten, wenn sie für die IT-Unterstützung ihrer Dienstleistungen, die Vielfalt aufgibt, und sich aus einem standardisierten Baukasten bedient. Eine Vision für ein gleichwertiges Portfolio an Verwaltungsdienstleistungen ist „Government as a Service“ (GaaS). Die Idee hat Dataport 2015 in die Arbeit des Nationalen IT-Gipfels eingebracht. Hinter GaaS verbirgt sich ein Gedanke: Prozesse und Formate für wiederkehrende Leistungen werden standardisiert und einheitliche Software unterstützt bei der Automatisierung von Aufgaben. Das Ergebnis ist ein modulares E-Government, mit dem elektronische Verwaltung in der Fläche umgesetzt werden kann. Das ist Verwaltung, die Aufgaben kooperativ anpackt, trotz oder gerade auch in föderaler Organisation.

Kooperation ist ein entscheidender Schlüssel für die Digitalisierung der Verwaltung: Denn, Verwaltungsprozesse sind für eine kooperative Umsetzung geeignet; länderübergreifende Kooperation ist rechtlich, organisatorisch und technisch machbar; sie ist umso erfolgreicher, je früher zusammengearbeitet wird. Doch, es gibt einen Wehrmutstropfen: Kooperation ist nicht immer einfach. Sie erfordert Kooperationskompetenz, Partnerschaft auf Augenhöhe und benötigt klare Ziele und Transparenz. Sie ist ein beständiger Prozess, der auch Widersprüche und Reibungen aushalten muss. Erfolgreiche Kooperation erfordert deshalb eine Kooperationskultur, mit der sich alle Beteiligten identifizieren. Den Eigentümern und Kunden von Dataport ist das gelungen. Anderen wird es auch gelingen.

Ihr



Dr. Johannes Bizer
Vorstandsvorsitzender, Dataport

